Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.7b, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 5. | Dresden, Mittwoch den 8. Januar 1913. | 24. Jahrg.

Auf dem sozialdemokratischen Preußentag wurde die Wahlrechtsresolution der Landeskommission einstimmig angenommen.

Heute treten Reichstag und preußischer Landtag wieder zusammen.

Auch in Kiel wurde ein sozialdemokratischer Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher gewählt, für den auch die bürgerlichen Stadtverordneten geschlossen stimmten.

Eine Intervention der Mächte zur Beendigung des Balkankrieges wird für die nächsten Tage erwartet.

Der auf heute angesetzte Prozeß gegen den wegen dreifachen Mordes angeklagten Schlosser Trenkler ist abermals vertagt worden.

In Roccagorga wurden bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und Volksmenge fünf Personen erschossen und vierzig verwundet.

Zur sozialpolitischen Debatte im Reichstage.

gh. Der Reichstag wird in den nächsten Tagen den Etat des Reichsamts des Innern zu beraten haben. Die Beratung beginnt mit einer allgemeinen Aussprache über die Sozialpolitik des Reiches und pflegt eine verhältnismäßig lange Zeit in Anspruch zu nehmen. Das letzte ist unvermeidlich, da die Aussprache sich auch auf die vielen sozialpolitischen Einzelfragen erstreckt, die die Abgeordneten in absehbarer Zeit vermutlich bei keiner anderen Gelegenheit erörtern können.

Dieses Hinüberspringen der Aussprache von einem Gegenstande zum andern ist wiederholt als ein Mißstand empfunden worden. Der Reichstag hat dann auch den Versuch gemacht, die allgemeine sozialpolitische Aussprache dadurch abzukürzen und übersichtlicher zu gestalten, daß er die wichtigeren sozialpolitischen Einzelfragen abgesondert und für eine spätere planmäßige Behandlung zurückgestellt hat. Das hat sich aber als nicht durchführbar erwiesen. Dem Reichstage fehlt infolge seiner viel zu späten Einberufung die Zeit zu einer solchen besonderen Beratung der sozialpolitischen Einzelfragen. Daher müssen die Abgeordneten auf diese Fragen in der allgemeinen sozialpolitischen Aussprache beim Etat des Reichsamts des Innern eingehen, wenn sie nicht auf die Erörterung der sozialpolitischen Einzelfragen verzichten wollen. Und das können sie nicht. Denn nur dann erreichen sie irgendeinen sozialpolitischen Fortschritt, wenn sie immer wieder die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Fragen lenken. Das ist in diesem Jahre notwendiger als je.

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstags hat selbst die dringendsten Aufgaben von Jahr zu Jahr zurückgestellt und dadurch dem Reichstage eine große Arbeit aufgehäuft. Von allen Seiten hören wir sozialpolitische Forderungen, deren Berechtigung und Dringlichkeit wir anerkennen müssen. In den Berichten, den Fachblättern und sonstigen Schriften der freien Gewerkschaften müssen wir immer von neuem sehen, wie weit die soziale Gesetzgebung des Reiches hinter den Bedürfnissen der einzelnen Gewerbszweige zurückgeblieben ist. Selbst bürgerliche Sozialpolitiker bekunden — oft genug gegen ihren Willen — bei jeder Gelegenheit die Rückständigkeit unserer Arbeiterschutzgesetze. Wir greifen aufs Geratewohl die letzte Ausgabe der Sozialen Praxis, des Wochenblattes der bürgerlichen Sozialpolitiker, heraus und finden in diesem einen dünnen Heft von 16 Seiten u. a.:

einen Hilferuf gegen die Heimarbeiterinnennot in Deutschland, der mit den Worten schließt: Die Lage der Heimarbeiterinnen ist heute schlechter als sie 1907 war; und sie wird dauernd schlechter werden, wenn nicht eine höhere Macht, der Staat, eingreift;

eine längere Abhandlung über die Lehrverträge in der Zigarrenindustrie, durch die in manchen Gegenden Zigarrenfabrikanten in gewissenloser Weise junge Arbeiter auf längere Zeit an den Betrieb fesseln;

die Forderung nach einer zweckmäßigeren Regelung der Vor- und Nachmittagspausen für die jugendlichen Fabrikarbeiter;

den Nachweis des Gewerberats F. Löser in Darmstadt, daß die Nachtarbeit in Bäckereien abgeschafft werden kann;

folgende Forderungen des Professors Dr. med. S. Kaup zur Verhinderung der gewerblichen Erkrankungen: 1. Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen, regelmäßige ärztliche Belehrung der Arbeiter, Gleichstellung der Gewerbekrankheiten mit Unfällen, verbesserte Sondervorschriften; 2. für Feuer- und Staubbetriebe: Vervollkommnung und strenge Prüfung der technisch-gesundheitlichen Einrichtungen zur Verringerung der Unfall- und sonstigen Erkrankungsgefahr, ärztliche Belehrung und Ueberwachung sowie Sondervorschriften für gefährliche Betriebsgruppen, besonders Schutz der jugendlichen Arbeiter; 3. zur richtigen Beurteilung der Gewerbekrankheiten und der Erfolge ihrer Bekämpfung: Schaffung einer verläßlichen Erkrankungs- und Sterbestatistik, regelmäßiger ärztlicher Dienst für alle gesundheitsgefährlichen Betriebe und gefährdeten Berufe, Bestellung besonderer Gewerbeärzte und besonderer Untersuchungsausschüsse;

Forderungen zum Schutze der Arbeiter gegen die Gefahren des Ferrosiliziums;

Forderungen zur Beseitigung der Härten bei dem Erlöschen der Anwartschaft auf die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Hiernach können wir uns ein Bild davon machen, wie viele sozialpolitische Forderungen im Laufe des letzten Jahres als notwendig und dringend nachgewiesen worden sind. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß unsere Genossen im Reichstage auf alle diese Forderungen ausführlich eingehen. Dagegen müssen sie einen Ueberblick über die sozialpolitischen Aufgaben des Reiches geben und einzelne Beispiele für ihre Bedeutung vorführen, um es zu rechtfertigen, daß wir die Lösung dieser Aufgaben als eine der wichtigsten Pflichten der Gesetzgebung betrachten. Je stärker unsere Fraktion im Reichstage geworden ist, desto nachdrücklicher müssen wir zeigen, daß wir die Verschleppungspolitik der bürgerlichen Parteien und Regierungen nicht mitmachen; desto schärfer müssen wir die Unterlassungssünden der bürgerlichen Mehrheit verurteilen; desto weniger dürfen wir es an den nötigen Verbesserungsvorschlägen fehlen lassen; desto entschiedener müssen wir für den planmäßigen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung eintreten.

Bürgerliche Blätter haben darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre Ostern außergewöhnlich früh ist und demgemäß für die Beratung des bis Ostern festzustellenden Etats nur sehr wenig Zeit bleibt. Dies war aber den bürgerlichen Parteien und den Regierungen bereits im vorigen Jahre bekannt, als sie sich darüber verständigten, wie lange der Reichstag vertagt werden sollte. Trotzdem haben sie — gegen den Einspruch der Sozialdemokraten — den Reichstag möglichst spät zusammentreten lassen, so daß vor den Weihnachtsferien mit der zweiten Beratung des Etats nicht mehr begonnen werden konnte. Dieses Verfahren ist seit längerer Zeit üblich und hat zur Folge, daß der Reichstag nicht genügend Zeit hat, seine Aufgaben mit der erforderlichen Gründlichkeit zu lösen.

Die Sozialdemokratie hat sich seit jeher gegen dieses Verfahren erklärt. Sie braucht und wird sich daher durch die Folgen dieses Verfahrens nicht abhalten lassen, ihre Pflichten nach eigenem Ermessen zu erfüllen. Jede unnötige Belastung des Reichstags wird auch sie zu vermeiden suchen — was aber zur Erlangung besserer sozialer Gesetze geschehen muß, davon werden wir uns nicht durch den von unseren Gegnern künstlich herbeigeführten Mangel an Zeit abhalten lassen.

Verhandlungen hinter den Kulissen.

Die Kölnische Zeitung bringt am Dienstag folgendes offiziöse Telegramm aus Berlin:

Man war auf den Abbruch der Verhandlungen gefaßt gewesen. Der Balkanbund hat es aber für angemessen gehalten, einen so schroffen Schritt nicht zu unternehmen, sondern die Verhandlungen der Konferenz lediglich zu suspendieren. Damit ist der Fortgang des Handels bis auf weiteres hinter die Kulissen verlegt. Nunmehr ist die Reihe an den Großmächten, mit nachdrücklichen Bemühungen einzugreifen. Das Vorgehen der Großmächte soll sich gleichzeitig in Konstantinopel und in London abspielen. In Konstantinopel werden die Botschafter auf die Pforte einwirken, in London die Botschafterversammlung auf die Delegierten der Türkei. Der Zweck der Einwirkung ist, zu verhindern, daß in irgendeiner Weise die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden. Die Nachricht aus Sofia, daß Schükri Pascha, der Verteidiger von Adrianopel, den Zusammentritt einer türkisch-bulgarischen Kommission angeregt habe, wäre von großer Bedeutung, wenn sie als Vorbote von Kapitulationsverhandlungen zu erklären wäre. Bisher hat Schükri Pascha daran festgehalten, daß er Adrianopel nur ausliefern könne auf Grund eines ihn dazu ermächtigenden ausdrücklichen Befehls des Sultans. Ein solcher Befehl ist nicht erteilt worden und wird von dem Sultan nicht erteilt werden, da der Sultan bei aller sonstigen politischen Zurückhaltung, die er zu üben pflegt, gerade in der Frage des Besitzes von Adrianopel mehrfach mit Erklärungen hervorgetreten ist, daß Adrianopel türkisch bleiben müsse. Auf jeden Fall kann man sagen, wenn die oben erwähnte Nachricht sich bestätigt, daß das Verlangen Schükri Paschas auf Kommissionsverhandlungen darauf schließt, daß Adrianopel am Ende seiner Widerstandskraft angelangt ist oder in kurzer Zeit angelangt sein wird.

London, 7. Januar. Zu dem Stillstand der Friedensverhandlungen erfährt das Reutersche Bureau, daß nach dem jetzt in den türkischen Kreisen herrschenden Eindruck die türkischen Delegierten London wahrscheinlich verlassen werden, wenn keine Mittel gefunden würden, die gegenwärtigen Schwierigkeiten auszugleichen. Die Mitglieder der Mission haben sich heute nachmittag zu einer Besprechung in der türkischen Botschaft versammelt.

Von der Botschafterkonferenz.

London, 7. Januar. Die Resultate der gestrigen Botschafterreunion werden geheimgehalten. Aus guter Quelle verlautet indessen, daß die Botschafter bereits am Sonnabend den Plan für eine Intervention aufgestellt haben, welcher den verschiedenen Mächten zur Durchsicht zugesandt worden ist. Man vertritt jedoch den Standpunkt, daß eine Intervention der Mächte erst dann vor sich gehen könne, nachdem der Fall von Adrianopel erfolgt ist.

Rumänien und Bulgarien.

London, 7. Januar. Das Reutersche Bureau meldet: Die Besprechungen zwischen Rumänien und Bulgarien über die Grenzberichtigung machen keine Fortschritte. Der Minister Jonescu wird heute eine weitere Besprechung mit Dr. Danew haben. Gegenwärtig herrscht in den bulgarischen Kreisen einige Abneigung, über diese Fragen zu verhandeln. Es überwiegt die Meinung, daß ein bulgarischer Sondergesandter ernannt werden sollte, um mit der rumänischen Regierung über diesen Gegenstand zu verhandeln. Die Rumänen scheinen das Fortschreiten der Verhandlungen mit den Bulgaren über die Grenzfrage nicht allzu hoffnungsvoll zu beurteilen.

Zur Palästina-Frage.

Rom, 7. Januar. Die Kurie hat den bei ihr akkreditierten englischen Gesandten, der sich nach London begab, mit einem Bericht an die Botschafter betraut, in dem auf die Not Palästinas aufmerksam gemacht und die Mächte ersucht werden, der Lösung der Frage näher zu treten und die Verwaltung den Türken, die dort die größte Mißwirtschaft treiben, zu nehmen.

Armenische Wirren.

Von unserem Korrespondenten.

pv. **Konstantinopel,** 7. Januar.

Noch sind die Probleme der europäischen Türkei nicht von der Tagesordnung verschwunden, und schon drängen sich die Fragen der asiatischen Türkei heran. An die Stelle Mazedoniens tritt Armenien. Die Prozeduren sind dieselben — innere Unruhen, äußere Drangsalierungen — nur scheint es, daß es diesmal in einem beschleunigten Tempo hergehen soll. Wenn Rußland nicht gleich zur Annexion schreitet, so bereitet es jedenfalls zielbewußt die Annexion vor, und die tölpelhafte Politik der türkischen Regierung leistet der zarischen Diplomatie Vorschubdienste.

Die Armenier befinden sich in großen Aengsten und noch größerer Verwirrung. Sie fürchten ihre Feinde, die kurdischen Feudalen, deren Uebermut von Tag zu Tag steigt; sie fürchten noch mehr ihre Beschützer, die russischen Diplomaten, und sie haben kein Vertrauen zu der türkischen Regierung, die in Konstantinopel sie mit Versprechungen überhäuft, am Orte aber, im östlichen Anatolien, den kurdischen Feudalen schmeichelt und sich vor ihnen zurückzieht.

Die Regierung hat eine Reformkommission für das östliche Anatolien geschaffen, die ein scheinbar sehr radikales Reformprogramm ausarbeitet. Aber schon die Art, wie die Reformkommission eingesetzt wurde, hat die Armenier befremdet. Statt sich an die vorhandene gewählte politische Vertretung der armenischen Nation zu wenden, hat die Regierung nach ihrem eigenen Belieben einzelne Armenier vorgeladen und aus ihnen nebst einigen anderen Persönlichkeiten die Reformkommission gebildet. Diese absichtliche Umgehung der Volksvertretung erweckt den Eindruck, als wenn das Ganze nur darauf berechnet wäre, Europa blauen Dunst vorzumachen. Auch entbehrt offenbar die Reformaktion einer festen Grundlage; sie kann ebenso leicht umgestoßen werden, wie sie geschaffen wird. Vor allem aber sagen die Armenier: so sehr auch allgemeine administrative Reformen notwendig sind, so sei doch die praktische Frage, um die es sich in diesem Augenblick handle, recht einfach, aber gerade hier versage die Regierung. Die Armenier verlangen, daß man ihnen erlaube, Feld- und Dorfwachen anzustellen, um Leben und Eigentum gegen die kurdischen Ueberfälle zu schützen. Die Regierung möge den Dorfbewohnern die nötige Anzahl Gewehre geben. Nun widersetzt sich zwar die Regierung dem keineswegs prinzipiell, aber in der Praxis verteilt sie die Gewehre gerade an die Kurden, während sie den Armeniern nur ab und zu einige Gewehre gibt. Mehr noch, wenn die Armenier sich auf eigene Kosten Gewehre anschaffen, so werden diese von der Regierung eingezogen.

Denn die Regierung betrachtet die Kurden, weil sie Muselmanen sind, als das staatserhaltende Element. Trotz der bösen Erfahrung, die man soeben mit den ja ebenfalls muselmanischen Albaniern gemacht hat, geht man im östlichen Anatolien der gleichen Illusion nach. Darum also sucht die türkische Regierung sich mit den kurdischen Feudalen auf freundlichen Fuß zu stellen. Andererseits aber glaubt sie, gerade durch den kurdischen Schrecken die Armenier unterwürfig machen zu können. Während am grünen Tisch papierne Reformprojekte ausgearbeitet werden, ernennt die Regierung die Familienangehörigen der kurdischen Feudalen zu Walis, entläßt aus dem Gefängnis die berüchtigsten kurdischen Strauchritter, und die kurdischen Walis veranstalten freundschaftliche Zechgelage mit den kurdischen Banditen.

Da sich die Ueberfälle mehren, so setzen sich die armenischen Bauern zur Wehr. Es vergeht kaum ein Tag mehr ohne Zusammenstöße zwischen Armeniern und Kurden.

Das erleichtert offenbar das Werk der russischen Agitation unter den Armeniern. Die armenischen Massen würden sich mit Freuden von Rußland annektieren lassen, wird von allen Seiten versichert. Anders freilich ist die Gesinnung der armenischen politischen Parteien.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19130108/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG